

CVP bremst Sommaruga aus

GLEICHSTELLUNG Der Ständerat hat es abgelehnt, sich mit der Lohndiskriminierung von Frauen zu befassen. Kurz vor Beginn der Debatte tauchte ein Antrag auf, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen.

Alles schien klar: Am Mittwochmorgen würde der Ständerat die Vorlage zur Lohnungleichheit beraten. Mit dieser wollte der Bundesrat grosse Unternehmen verpflichten, alle vier Jahre die Löhne ihrer Angestellten zu analysieren, um allfällige Lohndiskriminierungen aufzudecken. Sollte herauskommen, dass Mitarbeiterinnen weniger verdienen als die gleich qualifizierten männlichen Kollegen, hätte die Firma das Ergebnis ihrer Belegschaft erklären müssen. Sanktionen gegen fehlbare Firmen, wie das der Bundesrat vorgeschlagen hatte, waren nicht vorgesehen.

Es wurde davon ausgegangen, dass die Vorlage einen Schlusspunkt setzen würde unter eine lange und leidige Diskussion darüber, warum Frauen im Durchschnitt pro Jahr 7000 Franken weniger verdienen als Männer. So hoch fällt der nicht nachvollziehbare Lohnunterschied aus – also jene Differenz, die bestehen bleibt, wenn man andere Faktoren herausrechnet wie etwa den Umstand, dass Männer öfter Karrierepositionen innehaben. Als grösster Knackpunkt galt die Frage, ob der Rat überhaupt auf die Vorlage eintreten oder ob er sie gleich versenken würde.

Es kam anders.

Überrumpelte Linke

Kurz vor Beginn der Debatte tauchte unvermittelt CVP-Ständerat Konrad Graber mit einem Rückweisungsantrag auf. Darin forderte er, das Geschäft an die Kommission zurückzuschicken. Mit anderen Worten: Der Ständerat solle sich die Detailberatung des Geschäfts sparen. Stattdessen solle sich die Kommission noch einmal darüberbeugen und «alternative Modelle» vorschlagen. Welche Alternativen das sein könnten? Graber blieb vage; er sprach unbestimmt von einer «Selbstdeklaration», die Unternehmen im Bezug auf die Lohnungleichheit vornehmen könnten – im Wissen, dass in der Vernehmlassung die meisten anderen Modelle gescheitert waren, die der Bundesrat vorgeschlagen hatte.



Mit der Bundesrätin Simonetta Sommaruga gehörten gestern alle Frauen zu den Verliererinnen.

Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

Die Ratslinke fühlte sich von Grabers Vorgehen vor den Kopf gestossen. Nicht nur, weil er der Kommission quasi unterstellte, sie habe sich zu wenig Gedanken über Alternativen zu den Plänen des Bundesrats gemacht. Eine Rückweisung bedeutet auch, dass im besten Fall einige Monate vergehen, bis das Geschäft erneut in den Rat kommt. Sollte die Kommission noch einmal bei null beginnen müssen und eine weitere Vernehmlassung nötig werden, könnte es ein Jahr oder länger dauern – bei einem Projekt, das seinerseits auf einen Beschluss des Bundesrats aus dem Jahr 2014 zurückgeht. Inhaltlich wäre eine weitere Versäuerung – oder, je nach Sichtweise, Entschärfung – zu erwarten. SP-Ständerätin Anita Fetz sagt: «Der Rückweisungsantrag erfolgte einzig, damit die CVP-Männer nicht Stellung gegen die Vorlage beziehen müssen und das Vorhaben ausgebremst werden kann.»

Allerdings hatten nicht nur linke Vertreter Mühe mit Grabers Vorgehen. Parteikollegin Anne Seydoux-Christe, immerhin die

zuständige Kommissionssprecherin, war über dessen Antrag nicht im Bild. Noch am Montag hatten sich die CVP-Ständeräte zu einer Besprechung der Vorlage getroffen, wobei sich eine Mehrheit – trotz inhaltlicher Skepsis – für ein Eintreten aussprach.

Lohnunterschied sinkt

Das Eintreten auf die Vorlage kam zunächst nach einer zweistündigen Debatte zwar zustande, gegen den Widerstand von SVP und FDP. Der Freisinnige Hans Wicki etwa argumentierte vergebens, «dass diese Lohnanalysen zwar gut gemeint sein mögen, doch ausser zusätzlichen Regulierungen für die Wirtschaft nichts bringen». Der Anteil des nicht erklärbaren Lohnunterschieds in der Privatwirtschaft sei zuletzt gesunken. Zudem sei selbst für Fachleute nicht klar, ob das angestrebte Ziel mit dem Gesetz überhaupt erreicht würde.

SP-Ständerätin Géraldine Savary hielt Wicki entgegen, es sei nicht akzeptabel, dass Frauen einzig deswegen weniger verdienen, weil sie Frauen seien.

«Ich muss Ihnen sagen, die Frist für die Freiwilligkeit ist nach 37 Jahren Bundesverfassung einfach abgelaufen. Abgelaufen!»

Simonetta Sommaruga

Der Bundesrat habe versucht, das Problem mit freiwilligen Massnahmen zu lösen, ohne greifbare Resultate. «Heute müssen wir deshalb handeln», so Savary. Und: «Die Kosten belaufen sich auf einen Tag Arbeit pro Firma.» Für das Eintreten stimmte eine relativ knappe Mehrheit aus Grünen, SP und Teilen der CVP. Angesichts des Rückweisungsantrags blieb das Schicksal der Vorlage ungewiss. Justizministerin Sommaruga sprach sich dafür aus, das Geschäft zu behandeln. Jenen, die sich für freiwillige Lösungen ausgesprochen hatten, antwortete sie: «Ich muss Ihnen sagen, die Frist für die Freiwilligkeit ist nach 37 Jahren Bundesverfassung einfach abgelaufen. Abgelaufen!» So lange steht die Gleichheit von Mann und Frau schon in der Bundesverfassung.

Der Ständerat liess sich davon nicht beeindrucken. Er wies das Geschäft an seine Kommission zurück. Nebst FDP und SVP stimmten – mit Ausnahme von Filippo Lombardi – auch alle männlichen CVP-Ständeräte dafür.

Camilla Alabor

Geheime Zahlung

KASACHSTAN-AFFÄRE Lobbyist Thomas Borer hat einem SVP-Nationalrat mehrere Tausend Franken überwiesen.

In der Kasachstan-Affäre öffnet sich ein neues Kapitel. Bekannt war bisher, dass sich mehrere Nationalräte von Lobbyisten im Auftrag Kasachstans instrumentalisieren oder auf teure Reisen dorthin einladen liessen. Nun zeigen bislang unbekanntes Dokumente, dass zwischen SVP-Politiker Christian Miesch und dem Kasachstan-Lobbyisten Thomas Borer auch Geld geflossen ist. In einer Rechnung stellte Miesch im April 2015 Borer 4635 Franken für ein SBB-Generalabo in Rechnung – obwohl er damals als Nationalrat bereits ein Gratis-GA besass. Als Grund für diese Entscheidung nennt Miesch in der Rechnung «meine Aktivitäten als Sekretär der Gruppe Schweiz-Kasachstan».

Auf Anfrage stellten Miesch und Borer zunächst in Abrede, dass zwischen ihnen Geld geflossen sei. Später korrigierte Miesch seine Aussage: «Klar, ist Geld geflossen. Schliesslich hatte ich Borer eine Rechnung geschickt. Aber später habe ich es zurückbezahlt.» Auch Borer räumte im zweiten Anlauf ein, dass seine Firma Miesch die Rechnung zunächst bezahlt hatte, stellte dies aber als Fehler seiner Buchhaltung dar. Für Mark Pieth, Strafrechtsprofessor in Basel, wirft der Fall Fragen auf. «Warum braucht jemand ein GA, wenn er bereits eines besitzt?» Ob ein Straftatbestand erfüllt sei, könne er nicht beurteilen. Das sei Sache der Strafverfolgungsbehörden. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung. *hä/lec*

In Kürze

PÄDOPHIEN-INITIATIVE Annäherung bei Umsetzung

Die Umsetzung der Pädophileninitiative ist auf der Zielgeraden. Der Ständerat ist dem Nationalrat gestern entgegengekommen. Noch nicht eingesehen sind die Räte, ob es eine spezielle Regelung für Beziehungen zwischen Heranwachsenden und jungen Erwachsenen braucht. *sda*

Bis zu 75 Franken AHV-Bonus für Frauen

VORSCHLAG Die CVP will den statistischen Lohnnachteil der Frauen mit einer Erhöhung der AHV teilweise ausgleichen. Im Durchschnitt ginge es um 50 Franken mehr pro Monat.

Egal, wie die Diskussion um die Lohnungleichheit nach der gestrigen Rückweisung im Ständerat weitergeht: Sie wird einen Einfluss auf die Reform der AHV haben, weil die Frauen hier ebenfalls im Zentrum stehen. Konkret geht es um die Angleichung ihres Rentenalters an jenes der Männer von 65 Jahren. Umstritten ist die Frage, wie das Parlament diesen Schritt kompensieren soll. Einflussreiche FDP-Frauen um die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter schlagen inzwischen eine gezielte Rentenerhöhung für Frauen vor. Im Gegenzug wollen sie aber, dass das Parlament davon absieht, Unternehmen zu Lohnanalysen zu verpflichten. Mit diesen will der Bundesrat die Lohndiskriminierung von Frauen bekämpfen. Die CVP hat schon einmal ein kon-

kretes Modell für eine Rentenerhöhung allein für Frauen lanciert, das sie nun wieder einbringen will. Ihr Vorschlag will den statistischen Lohnnachteil, den eine Frau während ihres Berufslebens erlitten hat, bei deren Pensionierung in eine höhere AHV-Rente ummünzen. Frei übersetzt: Die AHV soll die Ungerechtigkeit nachträglich wenigstens teilweise wettmachen, indem eine Frau mit derselben Lohnkarriere eine höhere Rente bekommt als ein Mann.

Das Modell geht erstens von jenem Teil der Lohnungleichheit aus, der sich nach den offiziellen Statistiken nicht mit objektiven Faktoren wie Ausbildung oder Branche erklären lässt. Um genau diesen Faktor werden zweitens bei der Pensionierung einer Frau deren Einkommen aufgewertet,

die massgebend sind für die Höhe ihrer AHV. Heraus kommt drittens: eine höhere Rente.

Im Unterschied zum noch vagen FDP-Ansatz lassen sich die Folgen des CVP-Vorschlags bereits beziffern: Im Durchschnitt erhielten Frauen eine Rentenerhöhung von 50 Franken im Monat. Je nach Rentenhöhe kann der Bonus bis zu 75 Franken monatlich betragen. Bei der Maximalrente wäre jedoch Schluss: Mehr als die Obergrenze von aktuell 2350 Franken pro Monat erhielten auch Frauen nicht. Leer ausgehen würden zudem die meisten verheirateten Frauen, da die Ehepaarrenten auf das 1,5-fache einer Einzelrente begrenzt sind.

Höheres Rentenalter spart Geld

Diese Angaben gehen aus Berechnungen des Bundesamts für Sozialversicherungen hervor, das den CVP-Vorschlag vor zwei Jah-

ren bereits durchgerechnet hat. Das Modell, das auf die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer zurückgeht, fand jedoch in der Debatte um die letzte, gescheiterte Rentenreform keine Mehrheit. Der relevante Lohnnachteil der Frauen betrug seinerzeit 8,7 Prozent, inzwischen sind es noch 7,6 Prozent.

AHV-Ausgaben würden stark steigen

Bereits bekannt sind auch die Kosten einer solchen Rentenerhöhung: Wenn man annimmt, dass nur die Neurentnerinnen in den Genuss des Bonus kommen, da nur sie vom höheren Rentenalter betroffen sind, steigen die Ausgaben der AHV dadurch um rund 265 Millionen Franken jährlich (berechnet für 2030). Damit bewegt sich das Modell innerhalb des Kostenrahmens, den sich Exponenten von SVP und FDP vorstellen können. Mit dem

höheren Frauenrentenalter spart die AHV im Gegenzug rund 1,2 Milliarden Franken im Jahr.

Die grosse Frage ist aber, ob ein solcher Zuschlag genügt, um die Frauen für das höhere Rentenalter zu erwärmen. «Nein», findet Nationalrätin Schmid-Federer, die Mutter des Modells, die auch Vorstandsmitglied des Frauenverbandes Alliance F ist. «Wenn SVP und FDP meinen, die Stimmung in der Bevölkerung habe sich bei dieser Frage völlig geändert, irren sie sich.» Die Skepsis sei nach wie vor hoch, es brauche eine grössere Kompen-

«Dann kommen sie stärker unter Zugzwang, Rentenalter 65 zu schlucken.»

Barbara Schmid-Federer
CVP-Nationalrätin

Fabian Schäfer